

«Das permanente Hickhack war manchmal fast schon peinlich»

Thomas Harnischberg hat den Coup gegen die Krankenkassenverbände mitorchestriert

Herr Harnischberg, es gibt bereits zwei Krankenkassenverbände: Santésuisse und Curafutura. Nun wollen Sie noch einen dritten gründen. Wieso das?

Wir wollen nicht einen dritten Verband gründen – sondern den einzigen. Wir sind zurzeit bereits 13 grosse Versicherer, die mit über 90 Prozent der Grundversicherten die klare Mehrheit vertreten. Das ist ein starkes Zeichen für eine einheitliche Lösung. Die Gründungsmitglieder werden ihre Mitgliedschaften in den bestehenden Verbänden kündigen. Wir gehen daher davon aus, dass es Curafutura und Santésuisse in der heutigen Form nicht mehr geben wird. Curafutura dürfte aufgelöst werden. Bei Santésuisse möchten wir, dass die Tochtergesellschaften als Dienstleister für die ganze Branche bestehen bleiben. Die gesamte politische Arbeit jedoch soll an den neuen Verband übergehen.

Das ist ein regelrechter Paukenschlag. Weshalb haben Sie und Ihre Mitstreiter sich für diesen relativ brachialen Weg entschieden?

Es war schon lange klar, dass es so nicht weitergehen kann. Die beiden Verbände haben sich in der Öffentlichkeit und im Austausch mit der Politik ein permanentes Hickhack geliefert. Nicht einmal in wichtigen Dossiers und vor Volksabstimmungen waren sie in der Lage, am gleichen Strick zu ziehen. Das war manchmal fast schon peinlich. Dabei haben die Krankenkassen bei den meisten Themen dieselben Anliegen und Bedürfnisse. Wegen der Unstimmigkeiten konnten wir unsere Interessen weniger gut durchsetzen, unsere Schlagkraft und unser Ansehen haben gelitten. Deshalb haben wir als KPT bereits letztes Jahr die Mitgliedschaft bei Curafutura gekündigt. Ein Verband muss für seine Mitglieder da sein, nicht umgekehrt. Das war hier nicht mehr der Fall.

Wie brachten Sie die anderen Krankenkassen dazu, ebenfalls auszutreten und einen Neustart zu riskieren?

Der Wunsch, einheitlich aufzutreten, ist in der ganzen Branche vorhanden. Die meisten Krankenkassenchefs wissen schon lange, dass sich etwas ändern muss. Die Frage war nur, wann und wie wir den Neuanfang machen. Der Streit um den ambulanten Tarif in den letzten Wochen war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Das ist gesundheitspolitisch das wichtigste Geschäft seit langem. Dass es die Verbände hier nicht schafften, eine gemeinsame Position zu finden, hat weder die Bevölkerung noch die Politik verstanden – und wir in der Branche erst recht nicht. Man nimmt uns nicht mehr ernst, wenn unsere Vertreter sich bei derartigen wichtigen Fragen gegenseitig widersprechen.

Weshalb gründen Sie einen neuen Verband? Man könnte das als Beispiel dafür sehen, dass es im Gesundheitswesen immer noch zu viel Geld gibt: In anderen Branchen würde man bestehende Verbände umbauen, den Kurs ändern, die Chefs austauschen. Warum planen Sie nicht einfach eine Fusion und setzen einen neuen Direktor ein?

Es gab in der Vergangenheit auch schon Fusionsbestrebungen. Vorübergehend hat es gut ausgesehen, als die Präsidentschaft neu besetzt wurden. Doch letztlich sind alle Versuche gescheitert, weil eine Fusion zu viele Verlierer produziert. Jetzt fehlt uns die Zeit für weitere Anläufe. Verbesserungen sind in den gegenwärtigen Strukturen nicht möglich, es braucht einen Neuanfang. Unabhängig davon werden die Kosten mit unserem Plan garantiert sinken. Wir finanzieren künftig nur noch einen Verband für die politische Arbeit.

Was geschieht mit den Angestellten der bestehenden Verbände?

Wir sind bestrebt, gute Lösungen für alle zu finden. Die Mitarbeitenden beider Verbände leisten fachlich gute Arbeit. Wir sind sehr daran interessiert, viele Fachleute für den neuen Verband zu gewinnen.

«Da fragt sich doch jeder Stimmbürger, was los ist mit den Krankenkassen, wenn die selber nicht wissen, was sie wollen.»

Können Sie sich vorstellen, dass einer der beiden Direktoren der bestehenden Verbände den neuen Chefposten übernimmt?

Die Personalien sind noch offen. Eines steht für mich aber gerade nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre fest: Die Person an der Spitze ist extrem wichtig. Ihr Charakter, ihr Rollenverständnis, ihre Offenheit werden darüber entscheiden, ob der neue Verband ein Erfolg wird. Wir brauchen jemanden, der mit allen reden kann und den Konsens sucht.

Sind es diese Eigenschaften, die Sie bei den amtierenden Verbandschefs vermisst haben?

Das habe ich nicht gesagt. Generell wünsche ich mir weniger Konfrontation und mehr Pragmatismus. Und natürlich haben die derzeitigen Probleme auch mit zwischenmenschlichen Schwierigkeiten zu tun. Was objektiv fehlte, ist der Wille zum Kompromiss.

Lange gab es einen einzigen Verband: Santésuisse. 2013 ist er an inneren Spannungen zerbrochen, Curafutura entstand. Was macht Sie so sicher, dass es den neuen Verband in ein paar Jahren nicht genauso zerreissen wird?

Wir werden uns genau überlegen müssen, wie wir die Strukturen und die Spielregeln des neuen Verbands festlegen. Vor allem müssen wir klären, wie wir unsere Positionen definieren und mit internen Differenzen umgehen, die es weiterhin geben wird. Aber andere Branchen, die heterogener sind als wir, schaffen das auch, zum Beispiel der Versicherungsverband. Bei uns sind die Unterschiede in den vergangenen Jahren sogar noch kleiner geworden. Die Geschäftsmodelle der Krankenkassen nähern sich mehr und mehr an. Und noch etwas stimmt mich zuversichtlich: In den letzten Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, dass zwei Verbände nicht zielführend sind.

Sprich: Schlimmer als heute kann es nicht werden?

Das ist salopp ausgedrückt, aber nicht ganz falsch.

Ist es wirklich so schlimm?

Das ist jetzt meine persönliche Meinung: Ja, es ist schlimm. Mit unseren internen Feuden geben wir in der Öffentlichkeit und der Politik ein schlechtes Bild ab. Da fragt sich doch jeder Stimmbürger, was los ist mit den Krankenkassen, wenn die selber nicht wissen, was sie wollen. Ich kann es ihnen nicht einmal verargen. Ich anerkenne, dass beide Verbände stets das Beste wollten und von ihren Lösungen überzeugt waren. Aber das reicht nicht. Man muss sich auch zusammenraufen können. Sonst entsteht in der Bevölkerung eine ungute Stimmung. Dann werden plötzlich politische Schnellschüsse mehrheitsfähig, weil man ein Zeichen gegen die zerstrittenen Krankenkassen setzen will.

Gründen Sie den neuen Verband vor allem, um die Einführung einer staatlichen Einheitskasse zu verhindern?

Vom neuen Verband erwarten wir, dass wir wieder mit einer Stimme sprechen und unsere Argumente besser zum Ausdruck bringen können. Wenn uns das gelingt, können wir den Leuten auch erklären, dass es illusorisch ist, wenn die SP behauptet, man könne mit einer staatlichen Einheitskasse Geld sparen. Ich habe früher beim Staat gearbeitet und kenne dieses Umfeld. Es ärgert mich, wenn SP-Präsidentin Mattea Meyer die Arbeit der Krankenkassen und ihrer Mitarbeitenden schlechtmacht. Ich lade sie ein, unsere Leute hier am Hauptsitz einen Tag bei



Thomas Harnischberg
CEO der KPT

der Arbeit zu begleiten, zu schauen, was wir wirklich machen. Aber wer weiss, vielleicht sollten wir es einfach einmal drauf ankommen lassen.

Wie meinen Sie das?

Ich sage das jetzt als absolut persönliche Meinung: Ich hätte nichts dagegen, wenn der Bund in einem Kanton wie Genf oder Neuenburg erlauben würde, eine staatliche Einheitskasse während ein paar Jahren auszuprobieren. Dann wollen wir mal sehen, ob die Gesundheitskosten und Prämien wirklich weniger steigen. Das gehört auch zur Offenheit, die ich mir für die Zukunft wünsche.

Am Mittwoch hat der Bundesrat über den ambulanten Tarif entschieden, bei dem die bestehenden Verbände ebenfalls uneins waren. Wie beurteilen Sie den Entscheid und die Arbeit der Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider?

Positiv. Ich erkenne einen Willen, zuzuhören und Lösungen zu suchen, der gerade im Vergleich mit dem früheren Gesundheitsminister sehr erfreulich ist. In den Diskussionen um den Tarif hat sich die Bundesrätin stark engagiert und das Gespräch mit vielen Akteuren gesucht, um diesen Kompromiss aufzulösen – obwohl dies eigentlich die Aufgabe der gesamten Gesundheitsbranche gewesen wäre: der Versicherer, der Spitäler, der Ärzte. Wir müssen die Tarifpartnerschaft dringend neu beleben. Die Wiedervereinigung der Krankenkassen ist ein erster Schritt dorthin.

Interview: Fabian Schäfer, Bern

Ein politischer Krankenkassenchef

fab. · Thomas Harnischberg ist ein untypischer Krankenkassenchef: Der CEO der Berner KPT hat eine eminent politische Vergangenheit. Seine Wurzeln liegen in der bernischen SVP. Der Rechtsanwalt war in den Stäben mehrerer Bundesräte von Adolf Ogi über Christoph Blocher bis zu Eveline Widmer-Schlumpf tätig. Später fand er via die Mobiliar zur KPT, die er seit dem Jahr 2022 führt. Die KPT hat in letzter Zeit mit einem starken Wachstum Aufsehen erregt.

Die SVP profitierte von der Asyl-Debatte

Die Partei konnte sich gemäss der Studie Selects zu den Nationalratswahlen 2023 auf ihre Basis verlassen

ERICH ASCHWANDEN

Die Tage nach den Nationalratswahlen 2023 verliefen turbulent. Die Schlagzeilen wurden beherrscht von der Meldung, dass die Mitte-Partei zum ersten Mal mehr Wähleranteile erzielt habe als die FDP. Wenige Wochen vor den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates heizte das die Spekulationen gewaltig an. Zerknirscht musste das Bundesamt für Statistik nach drei Tagen allerdings einräumen, dass alle diese Kommentare und Analysen auf falschen Resultaten beruhten, die der Bund am Sonntagabend gemeldet hatte. Inzwischen haben sich die Wogen geglättet, und die Zeit ist reif für eine vertiefte Analyse.

Geliefert wird diese mit der Wahlstudie Selects, die am Donnerstag vorgestellt wurde. Sie untersucht seit 1995 die Teilnahme sowie das Wahlverhalten bei eidgenössischen Wahlen. Das Überholmanöver der Mitte, das doch nicht stattgefunden hat, ist in dieser Untersuchung kein Thema mehr. Vielmehr erklärt sie, warum die SVP mit einem Wähleranteil von 27,9 Prozent zur Siegerin wurde. Ihr gelang es am besten von allen Parteien, die Stammwählerschaft an die Urne zu bringen. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung von Personen, die sich politisch im rechten Spektrum positionieren, bei 55 Prozent, gegenüber 49 Prozent im Jahr 2019.

Die Befragung von 5033 Wahlberechtigten in allen Landesteilen macht deutlich, dass die SVP die treueste Wählerbasis hat, verlor sie doch praktisch keine Wählenden an andere Parteien. Der SVP gelang es vielmehr, anderen Parteien Wähler abzugeben. Darunter litt in erster Linie die Konkurrenz im bürgerlichen Lager, die FDP. Die Volkspartei profitierte auch davon, dass im Sommer und Herbst das Thema Asyl Hochkonjunktur hatte. Unter denjenigen, die ein Thema aus dem Bereich Asyl und Einwanderung als wichtigstes Problem angaben, wählten 60 Prozent die SVP.

SP jagt den Grünen Wähler ab

Neben der SVP konnte sich am 22. Oktober die SP als Wahlgewinnerin feiern lassen. Die Sozialdemokraten profitierten gemäss der Wahlanalyse davon, dass nach der grünen Welle 2019 das Pendel bei den Wahlen 2023 wieder in die andere Richtung schwang. Die SP verlor bedeutend weniger Wählende an die Grünen als 2019. Es gelang ihr sogar, ehemalige Anhängerinnen und Anhänger der GPS für sich zu gewinnen. Demgegenüber mussten die Grünen feststellen, dass ihr Erfolg trotz der stets präsenten Klimawandel-Debatte nicht automatisch garantiert ist. Die vor vier Jahren erzielten Gewinne erwiesen sich als volatil. Nur etwas mehr als die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler von 2019 legten wieder grün ein, während mehr als ein Viertel zur SP wechselte.

Die Befragung zeigt, dass die SP-Spitze mit dem Thema Stärkung der Kaufkraft auf das richtige Pferd gesetzt hat. Unter denjenigen, die ein Thema aus dem Bereich soziale Sicherheit als wichtigstes Problem angaben, wählten 22 Prozent die SP und nur 6 Prozent die GPS. Beim Thema Wirtschaft ist der Unterschied noch grösser.

Mit Spannung wurde die Analyse für die Mitte-Partei erwartet, trat doch das Fusionsprodukt im Herbst 2023 erstmals auf der nationalen Bühne an. Für ihr gutes Ergebnis von 14,1 Prozent war ausschlaggebend, dass vier von fünf ehemaligen CVP- und BDP-Wählenden die Mitte-Partei unterstützten. Ausserdem zeigt die Untersuchung, dass die Partei für Wähler aus dem gesamten politischen Spektrum anziehend zu sein schien. Die Mitte gewann von allen grossen Parteien mit Ausnahme der Grünen zu etwa gleichen Teilen ehemalige Wähler dazu.

Weiterhin im Krebsgang befindet sich die FDP. Ihr Misserfolg hängt damit zusammen, dass sich viele ihrer Wähler

und Wählerinnen von 2019 von ihr abwandten. Die FDP verlor am meisten Wählende an die SVP, doch auch die Mitte-Partei wurde zum Profiteur. Zudem konnte sie nur wenig von Wechselwählern profitieren. Einen Lichtblick gibt es für die FDP immerhin: Bei den neu Mobilisierten erreichte sie ein überdurchschnittliches Ergebnis.

Im Vergleich mit den Bundesratsparteien verfügt die GLP über eine volatilere Wählerbasis, die sich gemessen an früheren Jahren allerdings zu festigen scheint. Die Grünliberalen verloren gleichermaßen Wähler an links und an rechts. Der Zuwachs von links fiel etwas stärker aus als jener von rechts. Bei den neu Mobilisierten schnitt die GLP im Vergleich zu anderen Parteien unterdurchschnittlich ab.

Überraschung bei den Kosten

Im Rahmen der Studie wurden nicht nur die Wähler, sondern auch 2527 Kandidatinnen und Kandidaten befragt. Auf den ersten Blick überraschend ist das Ergebnis bei den Finanzen ausgefallen. Die durchschnittlichen Kosten pro Kandidatur fielen 2023 mit knapp 5500 Franken deutlich tiefer aus als 2019, als sie noch 8000 Franken betragen. Dieser Rückgang könnte gemäss den Experten mit der rekordhohen Anzahl an Listen und Kandidierenden bei den Nationalratswahlen 2023 zusammenhängen. Im Jahr 2023 kandidierten über 5900 Personen für den Nationalrat, was im Vergleich mit 2019 (rund 4660 Kandidaturen) einem Anstieg von etwa 20 Prozent entspricht.

Viele Kandidaten wollten denn auch gar nicht gewählt werden, sondern waren nur sogenannte Listenfüller. So gibt denn auch ein Viertel der Kandidierenden an, für den persönlichen Wahlkampf gar keine Mittel eingesetzt zu haben. Etwa 40 Prozent investierten höchstens 1000 Franken, 17 Prozent zwischen 1000 und 5000 Franken, und lediglich 16 Prozent gaben mehr als 5000 Franken aus.

Die Listenflut wurde vor und nach den eidgenössischen Wahlen von vielen heftig kritisiert. So hat FDP-Präsident Thierry Burkart zwei Vorstösse eingereicht, mit denen er überparteiliche Listenverbindungen untersagen beziehungsweise unnötig machen will. Der Ständerat hat im März beschlossen, entsprechende Abklärungen in die Wege zu leiten. Bis es tatsächlich so weit ist, dürfte es noch ein langer Weg sein. Vergangene Woche hat der Luzerner Kantonsrat Vorstösse von SVP und GLP behandelt, die ähnliche Forderungen aufstellen. Alle Postulate und Motionen wurden abgelehnt.

Im Rahmen der Nachwahlbefragung wurden zwischen dem 23. Oktober 2023 und dem 12. Januar 2024 5033 Wahlberechtigte online oder per Papierfragebogen befragt.

ANZEIGE

«Selbstbestimmung bedeutet den Mut haben, die Zukunft selbst zu gestalten.»



Ricarda Giebel
Head strategische
HR Projekte
Schweiz

Für das selbstbestimmte Leben unserer Kundinnen und Kunden

